

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates

Waldshut-Tiengen,
16. Februar 2009

Beginn der Sitzung: 18:40 Uhr
Ende der Sitzung: 21:40 Uhr

Ort:	Waldshut, Stadthalle - Schüleraufenthaltsraum	Öffentliche Sitzung
------	--	------------------------

Abwicklung der Tagesordnung:

16.

Gewerbepark Hochrhein: Möbelmarkt Dogern – Vorstellung des Baugesuchs

Oberbürgermeister Albers begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Ulrich Kummle und Chris Eifel als Vertreter vom Möbelmarkt Dogern, welche die Pläne für eine Möbel-Arena Lonza, die im Gewerbepark Hochrhein entstehen soll, vorstellen.

Stadtrat Kurt Reckermann, CDU-Fraktion, gibt eine persönliche Erklärung ab, wobei er betont, dass er dem Bebauungsplan mit Festsetzung eines Sondergebietes „Möbele Einzelhandel“ heute die Zustimmung nicht mehr geben würde. Er richtet an Bürgermeister Beck die Frage, wie mit der Baugenehmigung sichergestellt werden könne, dass das auf 400 m² begrenzte innenstadtrelevante Sortiment eingehalten werde.

Bürgermeister Beck antwortet, dass man wie seinerzeit beim OBI-Baumarkt hierüber vom Bauherrn einen genauen Lageplan verlangen werde.

Stadtrat Paul Albiez-Kaiser, GRÜNE-Fraktion, erkundigt sich, ob es für das nach dem Bebauungsplan zulässige zweite Geschoss auch schon Pläne gebe.

Herr Kummle erläutert hierzu, dass für das zweite Geschoss ursprünglich eine Kooperation mit Fachmärkten wie z.B. ein Bäder- oder Fliesen-Studio geplant gewesen sei oder ein Massivholz-Studio für „natürliches Wohnen“ – dies sei jedoch im Moment nicht vorgesehen.

Auf die Frage von Stadtrat Josef Rimmele, CDU-Fraktion, nach der Zahl der vorgesehenen „Events“ antwortet Herr Kummle, dass es in Dogern im vergangenen Jahr 11 Events – somit alle 4 bis 6 Wochen – gegeben hätte.

Auf die Frage einer Zuhörerin – Einwendungen werden nicht erhoben – antwortet der Oberbürgermeister, dass südlich der B 34 für die Möbel-Arena keine Parkplätze vorgesehen seien und sich sämtliche Parkplätze unmittelbar bei der Möbel-Arena befinden werden.

17.

Umgestaltung der Zollabfertigungsanlagen an der Rheinbrückenstraße: Vorstellung der Umbaupläne

Oberbürgermeister Albers begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Winkler und Herrn Böhme von der Zollverwaltung sowie Frau Kessler von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BIMA) und Herrn Hansmann vom Staatlichen Hochbauamt.

Frau Kessler stellt die Pläne für Umbaumaßnahmen an der Zollabfertigung Rheinbrücke Waldshut – Koblenz/CH vor.

Ein Bürger aus der Konstanzer Straße meldet sich zu Wort – Einwendungen werden nicht erhoben. Er bezweifle, dass es funktioniere, dass die vom Zoll kommenden LKWs über die vorgesehene 50 m lange Einfädelungsspur in die B 34 in Richtung Tiengen einfädeln können.

Der Oberbürgermeister bittet diesbezüglich abzuwarten, bis das Regierungspräsidium die Pläne für den dreispurigen Ausbau der B 34 dem Gemeinderat vorstellen werden.

18.

Lärmaktionsplanung: Bericht

Oberbürgermeister Albers begrüßt die Herren Dr. Clausen und Herrn Colloseus von der Firma Fichtner Water & Transportation, die den beigefügten Bericht zur Lärmaktionsplanung erläutern.

Stadträtin Marina Schlosser, FW-Fraktion, erkundigt sich, ob es im Rahmen der Lärmaktionsplanung auch Untersuchungen gebe, inwieweit sich der Verkehrslärm bei den verschiedenen Trassenvarianten zur A 98 dorthin verlagere.

Herr Colloseus verneint dies.

Der Oberbürgermeister ergänzt hierzu, dass es im Zuge des Variantenvergleichs durchaus Vorteile bezüglich der Verlagerung des Verkehrs zugunsten der Basistunneltrasse gäbe, was sich dann auch auf eine Verlagerung des Lärms auswirken würde. Er fasst zusammen, dass als nächster Schritt eine Öffentlichkeitsbeteiligung vorgesehen sei, zu der alle Betroffenen eingeladen würden. Danach werde das Thema zur Beratung von Maßnahmen erneut auf die Tagesordnung gesetzt.

19.

Erweiterung der Wasserschutzgebiete für die Finsterlochquelle und die Kelle- und Brodkorbquellen auf der Gemarkung Krenkingen: Stellungnahme der Stadt im Genehmigungsverfahren

Oberbürgermeister Albers begrüßt Herrn Wagner vom Landratsamt - Wasserwirtschaft -, der die vorgesehene Erweiterung der Wasserschutzgebiete und die einzelnen Zonen erläutert.

Auf die Frage des Oberbürgermeisters zum Verfahren erläutert Herr Wagner, dass die Betroffenen angehört würden und schlussendlich abgewogen werde, welche Interessen höher wögen.

Der Oberbürgermeister gibt zu Protokoll, dass die Stadt Wert darauf lege, dass Landwirte nicht zu Schaden kommen.

Stadtrat Helmut Maier, CDU-Fraktion, betont das Schutzbedürfnis der Landwirte in der Höhenlandwirtschaft und weist als Alternative auf das Trinkwasservorkommen „Klettgaurinne“ hin.

Stadtrat Dieter Zauft, CDU-Fraktion, regt ebenfalls an, die betreffenden Hochbehälter mit dem Wasser aus der Klettgaurinne, statt aus der Finsterlochquelle zu speisen.

Herr Wagner erwidert, dass hierfür ein sehr teurer Leitungsbau notwendig wäre.

Nach weiterer Erörterung

Beschluss:

Der Gemeinderat Waldshut-Tiengen lehnt die Ausweitung der Wasserschutzgebiete auf der Gemarkung Krenkingen ab, sofern die Landwirtschaft in Krenkingen dadurch in ihrem Bestand gefährdet wird.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

20.**Fortschreibung des Zentrenkonzeptes:****Auftragsvergabe**

Oberbürgermeister Albers informiert über das Ergebnis der Vorberatung im Stadtentwicklungsausschuss, der empfehle, dem Vergabevorschlag zuzustimmen.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, den Auftrag zur Fortschreibung des Zentrenkonzeptes an Dipl. Volkswirt Joachim Schupp, BBE Baden-Württemberg GmbH, Beratungsgesellschaft Handel und Kommune zu vergeben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

21.**Der Südschwarzwald „Bio-Energieregion“:****Information**

Oberbürgermeister verweist auf die Sitzungsvorlage.

Stadtrat Eugen Schupp, CDU-Fraktion, meint, dass die Interessen in den Ortschaften sehr unterschiedlich gelagert seien und die Ortschaften selbst prüfen sollten, ob sie für eine Teilnahme an dieser Kampagne geeignet seien. Namens der CDU-Fraktion regt er an, dass die Ortsvorsteher das weitere Vorgehen beraten sollen.

Stadträtin Marina Schlosser, FW-Fraktion, bittet darum, die betroffenen und im Schreiben an Naturpark Südschwarzwald e.V. benannten Landwirte zu informieren und in das Verfahren einzubeziehen.

Bürgermeister Beck stellt abschließend klar, dass die Stadt bisher lediglich ihre Unterstützungsbereitschaft erklärt habe. Es gehe noch nicht darum, dass von der Stadt einzelne Projekte benannt werden und es sei auch noch nicht klar, ob Naturpark Südschwarzwald im Wettbewerb überhaupt weiterkommen werde.

22.**Entwicklung städtisches Wohnbaugebiet „Im Hausacker“, Oberalpfen:****weiteres Vorgehen**

Oberbürgermeister Albers verweist auf die Sitzungsvorlage.

Ortsvorsteher Armin Arzner ergänzt, dass zu den zwei vertraglich abgeschlossenen Kaufverträgen inzwischen eine weitere Zusage eingegangen sei und sich zwei weitere Interessenten gemeldet hätten.

Beschluss:

Der Gemeinderat beauftragt das Tiefbauamt sowie das Liegenschaftsamt entsprechend der beigefügten Sitzungsvorlage fortzufahren.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

23.**Kommunalwahlen 2009:****Bildung Gemeindewahlausschuss**

Oberbürgermeister Albers erläutert die Sitzungsvorlage und teilt ergänzend mit, dass als 2. Beisitzerin von der FW-Fraktion Frau Bärbel Weiler und als stellvertretende Beisitzerin von der GRÜNE-Fraktion Stadträtin Antonia Kiefer vorgeschlagen worden seien.

Stadträtin Claudia Hecht schlägt für die SPD-Fraktion als 1. Beisitzer Herrn Wolfgang Hauser vor.

Stadtrat Harald Ebi schlägt für die FDP-Fraktion als stellvertretenden Beisitzer Herrn Günter Heller vor.

Beschluss:

Der Gemeinderat wählt den Gemeindewahlausschuss für die Kommunalwahlen am 7. Juni 2009 wie folgt:

Vorsitzender	Hans Studinger (CDU-Fraktion)
Stellvertreter	Klaus Teufel (Wahlsachbearbeiter)

1. Beisitzer	Wolfgang Hauser (SPD-Fraktion)
Stellvertreterin	Antonia Kiefer (GRÜNE-Fraktion)

2. Beisitzerin	Bärbel Weiler (FW-Fraktion)
Stellvertreter	Günter Heller (FDP-Fraktion)

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

Gegen eine offene Wahl im Ganzen wurden keine Einwendungen erhoben.

24.**Bestellung der Mitglieder des Gutachterausschusses**

Stadtrat Paul Albiez-Kaiser, GRÜNE-Fraktion, erklärt, dass er die vorgeschlagene Besetzung des Gutachterausschusses für nicht ausgewogen halte; insbesondere vermisste er einen Vertreter der freien Immobilienwirtschaft.

Nach weiterer Erörterung

Beschluss:

Der Gemeinderat bestellt gemäß § 2 Abs. 1 und 2 der Gutachterausschussverordnung die Mitglieder des Gutachterausschusses der Stadt Waldshut-Tiengen für die Zeit vom 01.01.2009 bis 31.12.2012 wie folgt:

1. als Vorsitzende: Margit Ulrich, Architektin, Leiterin des Stadtplanungsamtes der Stadt Waldshut-Tiengen,
2. als stellvertretenden Vorsitzenden: Richard Weber, Freier Architekt,
3. Lothar Albicker, Prokurist, Volksbank Hochrhein,
4. Dieter Bach, Freier Architekt,
5. Martin Gruner, Architekt, Leiter des Hochbauamtes der Stadt Waldshut-Tiengen,
6. Ernesto Preiser, Freier Architekt,
7. Gerhard Schlosser, Sparkasse Hochrhein

Abstimmungsergebnis:

25 Ja-Stimmen

1 Nein-Stimme

Gegen eine offene Wahl im Ganzen wurden keine Einwendungen erhoben.

25.**Haushaltsplan 2010**

Oberbürgermeister Albers erläutert das als Tischvorlage ausgegebene, beigegefügte Ablaufdiagramm für die Aufstellung des Haushaltsplanes 2010

Stadträtin Sylvia Döbele, SPD-Fraktion, plädiert dafür, als Termin für die Beschlussfassung des Haushalts von vorneherein frühestens den 14.12.2009 vorzusehen und begründet dies wie folgt:

1. der neu gewählte Gemeinderat würde sich erst nach den Sommerferien mit Sachthemen befassen
2. die Höhe der Kreisumlage sei ein wesentlicher Faktor und der Kreishaushalt würde voraussichtlich erst im Dezember beschlossen werden

Auch Stadtrat Dieter Zauft, CDU-Fraktion, spricht sich für eine Beschlussfassung des Haushalts 2010 erst im Dezember 2009 oder Januar 2010 aus und meint, dass die Materie „Haushalt“ für die neu gewählten Gemeinderatsmitglieder schwierig sei.

Stadtrat Paul Albiez-Kaiser, GRÜNE-Fraktion, vermisst im Ablaufdiagramm die Termine für die Vorberatungen im Verwaltungs- und Sozialausschuss.

Der Oberbürgermeister meint hierzu, dass diese wie bisher je nach Bedarf eingeschoben werden können oder der Haushalt auch vom gesamten Gemeinderat beraten werden könne. Abschließend stellt er fest, dass die Mehrheit des Gemeinderates eine Beschlussfassung des Haushalts 2010 frühestens am 14.12.2009 wünscht.

26.

Arbeitsprogramm

Oberbürgermeister Albers erläutert die nachfolgenden Punkte des Arbeitsprogramms:

- Überquerungshilfe Brückenstraße: Abwarten und im März oder April beraten
- Investitionsprogramm: Es fehlen immer noch die Ausführungsbestimmungen; Beratung evtl. im März; Energiesparmaßnahmen für das Rathaus Waldshut seien schon mal angemeldet worden
- Zoll Rheinbrücke: Mit heutiger Information zunächst erledigt
- Neubaugebiet „Im Hausacker“, Oberalpffen: Erneute Information im Juli
- Bio-Diesel-Anlage in Full: Lt. Auskunft der Gemeinde Full-Reuenthal hätte es am bisherigen Standort in Rudolfstetten/CH Geruchsbelästigungen gegeben, die inzwischen jedoch beseitigt seien. Stadtrat Dieter Zauft, CDU-Fraktion, weist auf die derzeitige Offenlegung des Baugesuchs beim Landratsamt Waldshut und die Möglichkeit des Einspruchs bis 10. März hin. Er stellt den Antrag, dass die Stadt gemeinsam mit dem Spitalfonds Einspruch gegen die Bewilligung erhebe.

Oberbürgermeister Albers antwortet hierzu, dass das Einlegen eines Einspruchs alleine nicht genüge, sondern der Einspruch auch begründet werden müsse. Hierzu sehe er sich ohne fremden Sachverstand nicht in der Lage; ansonsten müsse man sich auf das Regierungspräsidium bzw. die Gewerbeaufsicht verlassen.

Stadtrat Wolfgang Hörr, SPD-Fraktion, schlägt vor, gemeinsam mit dem Landkreis einen Einspruch zu prüfen.

Nach weiterer Erörterung sagt Oberbürgermeister Albers zu, das Einlegen eines Einspruchs mit dem Landrat abzuklären. Auf Nachfrage von Stadtrat Harald Langfeld, FDP-Fraktion, zu den Erfolgsaussichten eines solchen Einspruchs, antwortet der Oberbürgermeister, dass er diese als gering einschätze.

27.

Spenden

Es liegen keine Spenden vor.

28.

Bekanntgaben

Es liegen keine Bekanntgaben vor.

29.

Verschiedenes

Presseartikel

Oberbürgermeister Albers weist auf die Presseveröffentlichungen zu den Themen „Ensembleschutz“ und „Psychiatrie“ hin.

Begrüßungsschreiben für Neubürger

Oberbürgermeister Albers stellt ein Begrüßungsschreiben mit einem Fragebogen vor, das seit Jahresbeginn an Neubürger versandt werde.

Stadträtin Sylvia Döbele, SPD-Fraktion, regt an, in diesem Schreiben auch auf die Einrichtungen Spital und Hallenbad aufmerksam zu machen.

Stadtrat Dr. Christian Ruch, SPD-Fraktion, regt an, die Neubürger außerdem zu einem Apéro oder zum Neujahrsempfang einzuladen.

Oberbürgermeister Albers antwortet hierzu, dass diejenigen, die eine Rückmeldung geben würden, je nach angegebenen Interessen nochmals angeschrieben würden. Bezüglich Einladung zum Neujahrsempfang wolle er diesen Rücklauf abwarten.

Auf Anregung von Ortsvorsteher Schlegel sagt der Oberbürgermeister zu, den Ortsvorstehern bei Interesse die Neubürger ihrer Ortschaft mitzuteilen.

30.

Fragestunde

Eine Bürgerin aus Gurtweil, Anwohnerin der Gemeindehalle, beklagt sich über die kürzlich in der Gemeindehalle Gurtweil durchgeführte „XXL-Party“. Die Veranstalter, der Ortschaftsrat und die Polizei seien überfordert gewesen; es sei der Jugendschutz nicht beachtet worden und es hätten sich rd. 400 Personen um die Halle herum aufgehalten, wo es zu Schlägereien und Verschmutzungen, insbesondere durch leere Glasflaschen gekommen sei. Ihrer Meinung nach sollten solche Veranstaltungen nicht in der Ortsmitte, sondern in einer Fabrikhalle durchgeführt werden, da sie nicht in den Griff zu bekommen seien.

Oberbürgermeister Albers erklärt, dass er zur Kenntnis nehme, dass die Bürgerin mit der Arbeit des Ortschaftsrates Gurtweil in diesem Punkt nicht einverstanden sei. Er informiert außerdem über den Polizeibericht zu dieser Veranstaltung, wonach sich diese im Vergleich zu anderen Veranstaltungen dieser Art verhältnismäßig im Rahmen gehalten habe; als Beschwerde sei nur diejenige dieser Bürgerin eingegangen. Der Oberbürgermeister räumt ein, dass die Vorkommnisse bei dieser Veranstaltung unschön gewesen seien; jedoch würden die getroffenen Maßnahmen greifen, wenn auch nicht in vollem Umfang. Er räumt ferner ein, dass die Halle Gurtweil für Veranstaltungen dieser Art, die so viel Publikum anziehen würden, nicht geeignet sei; er sehe aber sonst keine Veranlassung, vom beschlossenen Konzept abzuweichen.

Eine weitere Bürgerin, ebenfalls Anwohnerin der Halle Gurtweil, betont auch, dass solche „XXL“-Veranstaltungen in der Halle Gurtweil nicht geeignet seien – mit den übrigen Veranstaltungen hätte sie keine Probleme.

Oberbürgermeister Albers rät den Betroffenen abschließend, beim Ortschaftsrat Gurtweil, der für die Vermietung der Halle zuständig sei, vorzusprechen.